

richtet hatten, wurde im Juni 1933 auch die SPD verboten. Während der ganzen Zeit der Weimarer Republik gab es in der SPD Kräfte, die der Politik der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien Widerstand entgegensetzten und an einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten interessiert waren. Oppositionelle Kräfte in der SPD, die nach einem Weg des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion suchten, jedoch nicht zu einer marxistischen Politik überzugehen vermochten und einen Weg zwischen SPD und KPD für möglich hielten, bildeten 1931 die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die ohne größeren Einfluß blieb. In der Zeit des Faschismus, vor allem während des zweiten Weltkrieges, zerfiel die SPD in einzelne Gruppen. Der Parteivorstand löste sich 1940 in Lissabon auf, während zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre am antifaschistischen Widerstandskampf teilnahmen. Durch den Zentralauschuß der SPD wurde im Mai 1945 begonnen, die Partei wieder aufzubauen. Der Zentralauschuß der SPD stimmte in seinem Aufruf vom 15. 6. 1945 dem Aktionsprogramm der KPD zu. Die aus der sozialdemokratischen Politik während der Weimarer Republik gezogenen Lehren sowie die Erfahrungen des gemeinsamen antifaschistischen Widerstandes mit den Kommunisten waren die Grundlage für die Herstellung der Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die im Apr. 1946 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone zur Vereinigung von KPD und SPD zur —> *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* führte.

2. politische Partei in der BRD und in Westberlin, deren maßgebliche Führungskräfte die imperialistische Ordnung aktiv verteidigten. Die einheitsfeindlichen Kräfte in der SPD führten nach der Zerschlagung des Faschismus die Tolerierungspolitik gegenüber der Monopolbourgeoisie

weiter. Sie spalteten sich vom Zentralauschuß der SPD ab und gründeten 1946 in Hannover für die damaligen westlichen Besatzungszonen eine eigene Partei. Sie setzten die opportunistischen Traditionen der SPD fort. Ihre politische Konzeption bestand darin, die wachsenden Bestrebungen der Sozialdemokratie in den damaligen westlichen Besatzungszonen nach Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse zu unterdrücken, die revanchistischen Kräfte, die im zweiten Weltkrieg eine Niederlage erlitten hatten, zu unterstützen und die SPD in den bürgerlichen Staat zu integrieren. Diese Konzeption begünstigte die nach 1945 zunächst geschwächte Monopolbourgeoisie und trug wesentlich zur Restauration ihrer Macht bei. In der SPD stoßen zwei in gegensätzlichen Klasseninteressen wurzelnde Linien aufeinander: einerseits die Linie der maßgeblichen Führungskräfte, die immer fester mit dem staatsmonopolistischen System verwachsen sind und aktiv die monopolkapitalistische Ordnung verteidigen; andererseits die Linie jener breiten Schichten der Sozialdemokratie, die als Arbeiter, Angestellte und Werktätige anderer Bereiche mit dem Imperialismus konfrontiert sind und darum - allerdings vielfach durch reformistische Illusionen und antikommunistische Vorbehalte gehemmt — nach einer demokratischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD suchen. Begünstigt durch die Entwicklung der Wirtschaft in der BRD, durch strukturelle Veränderungen in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft, durch die Ausbreitung der bürgerlichen Ideologie sowie durch andere Faktoren hat die proimperialistische Richtung in der SPD immer mehr an Boden gewonnen. Das fand in der Annahme eines neuen Programms auf dem Parteitag in Bad Godesberg 1959 seinen deutlichen Ausdruck. In diesem Programm wurde der offene Übergang der Führung der SPD auf die Positionen des